

TITELTHEMA:

CDU-Landesvorsitzender und
Ministerpräsident
Michael Kretschmer

POLITIK:

Christian Piwarz MdL S. 3
Barbara Klepsch S. 4
Prof. Dr. Roland Wöller MdL S. 5

Nachgedacht:

SU-Landesvorsitzender
Klaus Leroff
Zu Fragen der Zeit

Die EU steht für Frieden und Freiheit

CDU Landesvorsitzender und Ministerpräsident Michael Kretschmer



Bild: (© CDU Sachsen)

Vor 30 Jahren, am 19. Dezember 1989, hielt Bundeskanzler Helmut Kohl seine bedeutendste Rede. Jeder von uns kann sich an das historische Ereignis vor der Ruine der Dresdner Frauenkirche und Kohls Bekenntnis zur „Einheit unserer Nation“ erinnern.

Aber Helmut Kohl wäre nicht der große Staatsmann gewesen, hätte er diese Sehnsucht seiner Landsleute nicht auch an diesem Abend mit seiner festen Überzeugung verbunden, dass die nur im Rahmen eines vereinten Europas gelingen kann. „Wir wollen in eine Welt hinein, die mehr Frieden und mehr Freiheit hat, die mehr Miteinander und nicht mehr Gegeneinander sieht.“

Das Haus Deutschland, unser Haus, muss unter einem europäi-

schen Dach gebaut werden. Das muss das Ziel unserer Politik sein!“

Die EU steht für Frieden und Wohlstand.

Über 70 Jahre garantiert der Prozess der europäischen Einigung nun schon den Frieden auf dem Kontinent.

Nach zwei verheerenden Kriegen mit Millionen Opfern und weiten Teilen Europas in Schutt und Asche, war es die Idee, durch intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Staaten Kriege zwischen ihnen unmöglich zu machen, die einen stabilen Frieden gewährleisten sollte.

Robert Schumann und Konrad Adenauer machten sich auf den Weg, dieses **einzigartige Friedensprojekt** zu begründen.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der EU ist der Motor für Wohlstand auf dem Kontinent. Auch Sachsen profitiert enorm vom gemeinsamen Binnenmarkt. Fast die Hälfte der Exporte geht in Länder der EU. Und dennoch ist die EU viel mehr als eine reine **Wirtschaftsgemeinschaft**.

Sie ist in erster Linie eine **Wertegemeinschaft**, die sich in all ihrem Handeln von gemeinsamen Werten wie der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit leiten lässt.

Immer wichtiger wird auch der Aspekt der EU als **Interessengemeinschaft**. 500 Millionen Menschen und knapp ein Viertel des weltweiten BIP bringen bei Verhandlungen mit anderen Wirtschaftsmächten und multinationalen Konzernen wie Google und Facebook ein ganz anderes Gewicht in die Waagschale als es Deutschland allein jemals könnte.

Wir wollen die EU fit für die Zukunft machen.

In einer Welt global verzahnter Volkswirtschaften einerseits und „Ich zuerst!“-Nationen andererseits, braucht es eine starke EU mehr denn je.

Die Akteure in Brüssel müssen den Menschen ihre Entscheidungen transparenter machen, um bei den Menschen wieder mehr Vertrauen in getroffene Entscheidungen -2-

Wir stehen zu Europa

Michael Kretschmer



Foto „Manfred Weber“

zu erzeugen. Wichtig ist dabei, sich in der EU auf die großen Themen wie die Euro- und Finanzstabilität zu kümmern.

Im Zusammenhang mit der Massenmigration muss als übereinstimmender Nenner der Schutz der EU-Außengrenze und die Hilfe in den Konfliktgebieten vor Ort im Vordergrund stehen und nicht die streitbefangene Verteilung von Flüchtlingen. Der freie Warenverkehr und einheitliche Produktionsstandards sind ein Wettbewerbsvorteil der EU, nicht aber der bürokratische Kampf gegen Glühbirnen, Plastikstrohhalm, leistungsstarke Staubsauger oder Dieselfahrzeuge.

81 Prozent der Deutschen meinen, dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Union eine gute Sache ist. Gleichzeitig geben aber nur 26 Prozent an, damit zufrieden zu sein, wie in der EU Politik gemacht wird.

Dieser Unzufriedenheit muss begegnet werden, wenn wir die Europäische Union auf Dauer erhalten wollen.

Das einzig Gute am Brexit, den die Deutschen mit knapp 80 Prozent ablehnen, ist, dass wieder deutlich mehr Menschen die Vorteile der EU sehen und sich eine stärkere Zusammenarbeit wünschen.

Für uns als CDU ist klar: Wir stehen zu Europa. Aber wir wollen die EU besser machen. Europa muss für die Menschen da sein.

Und das bedeutet zu allererst, Kritik ernst zu nehmen und darauf zu reagieren. Europa muss stark und durchsetzungsfähig sein in den großen Fragen: Sicherheit, Migration, Digitalisierung, Technologien der Zukunft, freier Handel.

Überbordende Bürokratie, kleinteilige Regelungen und von den Menschen als Gängelung wahrgenommene Vorschriften sind hingegen Gift für das Ansehen der EU.

Vorteile der EU

Aber auch wir können in unserem Alltag, in der Landes- und Kommunalpolitik einen Beitrag leisten, Europa zu stärken. Lassen Sie uns intensiver **über die Vorteile der EU sprechen**, die den Menschen ganz konkret zuteilwerden, die uns aber häufig allzu selbstverständlich geworden sind, wie beispielsweise das Reisen ohne Grenzkontrollen, eine gemeinsame Währung in weiten Teilen Europas, europaweites Telefonieren ohne Zusatzgebühren oder Schüler- und Studentenaustauschprogramme.

Auch sollten wir uns oftmals

selbstkritisch hinterfragen, ob der Fingerzeig auf die EU bei so manchem Ärger überhaupt seine Berechtigung hat.

Kann es wirklich nur an der EU liegen, wenn vermeintlich europäische Regeln nur in Deutschland dafür sorgen, dass in Städten Dieselfahrverbote drohen?

Sind wirklich europäische Vorschriften allein Schuld, wenn in Deutschland der Abschuss verhaltensauffälliger Wölfe kaum möglich ist, andere EU-Staaten aber über deutlich praktikablere Vorschriften verfügen?

Denkfabrik Sachsen am 17. Mai im Flughafen Dresden

Die Europawahl am 26. Mai ist für Sachsen von großer Bedeutung. Nicht weniger als 14 Milliarden Euro sind über europäische Förderprogramme in den Freistaat geflossen. Das hat auch damit zu tun, dass wir im Europäischen Parlament immer erfolgreiche Vertreter für unsere sächsischen Interessen hatten.

Als Sächsische Union kämpfen wir mit aller Kraft dafür, dass mit Dr. **Peter Jahr und Hermann Winkler** auch weiterhin zwei starke Stimmen für uns in Brüssel und Straßburg vertreten sind.

Eine Woche vor der Europawahl wird am 17. Mai der Spitzenkandidat von CDU, CSU und der gesamten EVP, **Manfred Weber**, bei unserer diesjährigen Denkfabrik Sachsen zu Gast sein.

Mit ihm wollen wir die wichtigen Fragen zur Zukunft der EU diskutieren.

Ich freue mich darauf, Sie dort begrüßen zu können.

Ihr
Michael Kretschmer

Plädoyer für unser erfolgreiches Bildungssystem

Christian Piwarz MdL, Sächsischer Minister für Kultus



Foto: ©Ronald Bonss.

Immer wieder gibt es Bestrebungen, das sächsische Schulsystem zu ändern.

Wenn in diesem Zusammenhang davon gesprochen wird, die Inhalte des Lehrens und Lernens in regelmäßigen Abständen zu prüfen und zu überlegen, ob sie noch zeitgemäß sind oder ob die Lehrpläne nicht doch modernisiert werden müssen, dann stelle ich mich dieser Diskussion – und ich befördere sie. Denn nur so kann Schule den an sie gestellten Ansprüchen gerecht werden.

Wenn es jedoch darum geht, die Struktur unseres Schulsystems grundhaft zu ändern, dann kann ich solchen Vorschlägen nicht zustimmen. Zurzeit sammelt das Bündnis „Gemeinschaftsschule in Sachsen“ Unterschriften, um mittels Volksantrag zu erreichen, dass der Sächsische Landtag die Gemeinschaftsschule als Schulart einführt.

Für mich ist dies keine Option.

Denn die Gemeinschaftsschule stellt nicht nur die Schulträger vor neue, große Probleme; sie wird über kurz oder lang das Gymnasium abschaffen.

Von 2006 bis 2016 hat der Freistaat Sachsen in einem Schulversuch längeres, gemeinsames Lernen erprobt.

Die Ergebnisse haben zwar bei den Schülerinnen und Schülern größere soziale Kompetenzen und eine höhere Schulzufriedenheit gezeigt; sie haben aber auch deutlich gemacht, dass sich die Leistungen – also das, was am Ende zählt – nicht von denen der Schülerinnen und Schüler an den Vergleichsschulen unterscheiden.

Die höhere Schulzufriedenheit gibt Anstoß zum Nachdenken. Sie ist für das Gelingen von Schule sehr wichtig.

Es liegt aber in der Natur der Sache, dass sie bei den Modellschulen höher ist als an den Regelschulen.

Wenn der Wunsch besteht, ein Projekt durchzuführen – bspw. eine Gemeinschaftsschule zu betreiben –, und wenn dessen pädagogisches Konzept von Eltern und Lehrern nachhaltig gewollt und unterstützt wird, dann ist selbstverständlich auch die Motivation höher, dies umzusetzen.

Auf diese Art und Weise gelingt

Schule in jeder Schulart.

Darüber hinaus bürdet die nötige Binnendifferenzierung im Unterricht den Lehrerinnen und Lehrern einen nicht zu vertretenden Mehraufwand in der Vor- und Nachbereitungszeit auf – damit ist eine wirkliche individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler nicht möglich.

Mögliche Lerndefizite zu erkennen und auszugleichen, ist von den Lehrerinnen und Lehrern kaum mehr zu leisten.

Es kann deshalb auch nicht verwundern, dass Gemeinschaftsschule nur in einem sozial ausgewogenen Umfeld funktioniert.

Zudem legen überdurchschnittlich viele Schülerinnen und Schüler das Abitur ab, was das Bedürfnis von Handwerk und Industrie nach Oberschulabsolventinnen und -absolventen als künftigen Fachkräften konterkariert.

Das sächsische Schulsystem ist aus zweierlei Gründen so erfolgreich: Zum einen gewährt seine Zweigliedrigkeit – für die sich die CDU wohlbegründet nach der Friedlichen Revolution in Sachsen entschieden hat – Stabilität und Verlässlichkeit.

An der Struktur aus ideologischen Gründen „herumzureformieren“, schadet Schülern und Lehrern; es ist schlichtweg fahrlässig.

Schüler und Lehrer benötigen Stabilität und Verlässlichkeit, um sich auf Vermittlung und Erwerb von Wissen, Werten und Kompetenzen zu konzentrieren.

Zum anderen kommt es auf den Lehrer an – eindrucksvoll nachgewiesen von Bildungsforscher John Hattie in seiner Studie „Lernprozesse sichtbar machen“.

Wir brauchen gut ausgebildete und motivierte Lehrerinnen und Lehrer.

Mein Ziel als sächsischer Kultusminister ist es, ihnen die Wertschätzung entgegenzubringen, die sie in Anbetracht ihres verantwortungsvollen Berufs verdienen und sie zugleich dabei zu unterstützen, sich auf den Kern ihrer Arbeit zu konzentrieren – guten Unterricht.

Schwerpunktthema: Medizinische Versorgung

Barbara Klepsch, Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz



Bild: Quelle SMS Pressebild © Christian Hüller

Liebe Leserinnen und Leser,

in der letzten Ausgabe habe ich Ihnen verdeutlicht, dass das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz für eine große Zahl an Themen zuständig ist. Man könnte es deshalb auch als „Gesellschaftsministerium“ bezeichnen.

Heute möchte ich mich auf das Thema Gesundheit fokussieren.

Die medizinische Versorgung ist eines der großen Schwerpunktthemen für das Jahr 2019. In diesem Jahr hat Sachsen den Vorsitz der Gesundheitsministerkonferenz. Höhepunkt wird das Treffen der Landesminister mit dem Bundesgesundheitsminister Jens Spahn im Juni in Leipzig sein. Sachsen hat sich hier verschiedene Themenschwerpunkte gesetzt, wobei ich auf einige kurz eingehen möchte:

Wir wollen im Bereich der Digitalisierung im Gesundheitswesen sowie der Telemedizin weiter vorangehen.

Wie Sie wissen, werden wir alle immer älter. Das ist auch gut so, aber das stellt uns auch vor einige Herausforderungen.

Sachsen ist das Bundesland mit dem dritthöchsten Altersdurchschnitt. Dieser

beträgt derzeit 46,7 Jahre und erhöht sich laut Prognose bis zum Jahr 2030 um etwa ein Jahr auf 47,6 Jahre.

Hier können digitale und telemedizinische Anwendungen einen wichtigen Beitrag leisten.

Telemedizin nutzen

Lange Anfahrtswege und Wartezeiten entfallen und für medizinisches Fachpersonal aber auch für Patienten entsteht eine zeitliche Flexibilität, ebenso wie eine Ortsunabhängigkeit. Dadurch wiederum werden überfüllte Praxen und Notaufnahmen entlastet. Besonders für Patienten auf dem Land kann dies ein Schritt zu besserer Qualität im medizinischen Bereich sein. Und die Möglichkeiten sind enorm und reichen von der Videosprechstunde über die Messung von Vitalfunktionen bei Schlaganfallpatienten bis hin zur Steuerung von Computern oder Haushaltsgeräten durch Zungenbewegungen über eine Computermaus im Mund.

Doch Telemedizin wird aber nie den Arzt ersetzen, sondern eine wertvolle Unterstützung sein. Und der Bedarf an Ärzten steigt durch unsere alter werdende Gesellschaft weiter. Gleichzeitig nimmt die Zahl der chronisch kranken Patienten zu. Wir brauchen vor allem für den ländlichen Raum dringend Ärztenachwuchs.

Wichtig: gute Landärzte

Deshalb setze ich mich mit Nachdruck für eine Landarzt-Quote ein. Aktuell studieren in Sachsen 560 Medizinstudenten. Allerdings verlässt rund die Hälfte davon Sachsen nach dem Studium.

Die Landarztquote könnte maximal 7,6 Prozent der Studienplätze erfassen. Damit hätten wir die Möglichkeit, innerhalb des Rahmens für rund 40 Ärzte je Jahrgang klar zu definieren, dass sie in den ländlichen Raum gehen, und dafür bei der Studienplatzvergabe bevorzugt berücksichtigt werden.

Es gibt viele junge Menschen, die

zwar gerne Medizin studieren wollen, aber wegen der formalen Zugangsbeschränkungen keinen Studienplatz erhalten. Ich plädiere deshalb dafür, dass neben der Abiturnote auch soziale Komponenten berücksichtigt werden. Dafür muss es eine gewisse Öffnung beim Numerus Clausus geben. Ich möchte, dass die, die hier in Sachsen Medizin studieren, auch hier praktizieren.

Ausbildungsbeihilfe

Erfolgreich läuft seit einigen Jahren das Medizinstudentenprogramm „Ausbildungsbeihilfe“ für den ländlichen Raum. Hier bekommen Medizinstudenten während des Studiums ein Stipendium in Höhe von 1.000 Euro pro Monat, wenn Sie nach Abschluss mindestens sechs Jahre als Hausarzt im ländlichen Raum Sachsens tätig werden. Insgesamt etwa 150 Stipendiaten fördern wir seitdem.

Die ersten 6 Stipendiaten sind inzwischen in der hausärztlichen Versorgung tätig und weitere fünf Ärzte folgen in diesem Jahr. Parallel führt die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen das Programm „Studieren in Europa-Arbeiten in Sachsen“ durch.

Inzwischen wurden mehr als 110 Studierende nach Ungarn zum Studium entsandt. Sie werden ebenfalls später als Hausärzte in Sachsen tätig sein.

Dennoch fehlen gerade auf dem Land schon heute über 250 Hausärzte. Und auch in den Großstädten fehlen bestimmte Facharztgruppen.

Die Bevölkerung erwartet zu Recht, dass wir die medizinische Versorgung im Freistaat langfristig und flächendeckend sicherstellen. Dafür brauchen wir moderne Instrumente.

Wir müssen neue Wege gehen und Denkverbote hinter uns lassen.

Ihre Barbara Klepsch
Sächsische Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz

Allianz für mehr Sicherheit

Prof. Dr. Roland Wöller MdL



schaft zwischen allen Akteuren in den Kommunen: der Polizei, der Kommunalverwaltung, den Schulen, Vereinen, kirchlichen Einrichtungen, der Feuerwehr und der Zivilgesellschaft.

Kommunen sind wie Seismographen. Sie spüren Fehlentwicklungen in der Gesellschaft, bevor Risiken in Gefahren und Gefahren in Gewalttaten ausarten. Deshalb will diese Allianz präventiv eingreifen. Es ist besser und günstiger, im Vorfeld Straftaten zu verhindern, als hinterher Straftäter polizeilich zu verfolgen. Dabei unterstützt der Freistaat die Kommunen finanziell mit 1,3 Millionen Euro. Mit mehr Achtsamkeit, mit mehr Interesse füreinander können wir Risiken besser und schneller erkennen und Probleme im Vorfeld lösen.

Wir wollen das Recht beharrlich durchsetzen – auch gegenüber Asylsuchenden und Flüchtlingen.

Wer deutsche Hilfsbereitschaft missbraucht, den Staat täuscht oder Straftaten begeht, muss gehen. Sonst verliert unser Asylrecht seine Glaubwürdigkeit. Wer hier kein Bleiberecht erhält, muss das Land ebenfalls verlassen. Im letzten Jahr haben wir deshalb ca. 2.000 Personen in ihre Heimatländer abgeschoben. Diesen Weg werden wir fortsetzen.

Mit mehr Sicherheit und mehr Vertrauen in den Rechtsstaat fördern wir den Zusammenhalt in unserem Land. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass Menschen nur gierig sind und raffend, dass sie nur haben und noch mehr haben wollen. Menschen sind auch bereit zu geben, ja zu schenken. Und das ist eine menschliche Seite, die wir stärker fördern müssen. Das tun ehrenamtlich engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger täglich, tausendfach. Unser Gemeinwesen beruht auf dieser Bereitschaft und Fähigkeit.

Die Sächsische Union kämpft dafür, die Mitte unserer Gesellschaft zu stärken und von der Mitte aus das Land zukunftsfest zu machen.

Ein Beitrag unseres Sächsischen Staatsministers des Innern.

Wir sind in einem wichtigen Wahljahr. Kommunalwahlen, Europawahl und vier Landtagswahlen bestimmen dieses Jahr die politische Tagesordnung.

Am 1. September wählen auch wir in Sachsen den neuen Landtag.

Diese Wahl ist einschneidend. Gerade für die Sächsische Union. Alte Gewissheiten gelten nicht mehr. Die Karten werden neu gemischt. Wir als Sächsische Union haben gute Chancen, die Bürgerinnen und Bürger von unserer neuen, seit mehr als einem Jahr kraftvoll betriebenen Politik zu überzeugen und das Land in den nächsten fünf Jahren zu führen. Dazu müssen wir allerdings den Bürgern klar sagen, wofür wir stehen und was wir dafür tun. Wir wollen Sicherheit stärken, Recht durchsetzen und Zusammenhalt fördern.

So haben wir bereits 1.000 neue Stellen für die Polizei geschaffen. Unsere Polizistinnen und Polizisten sorgen somit für noch stärkere und sichtbare Sicherheit für die Menschen in Sachsen. Wir statten die Polizei auch mit neuer Technik und besseren Befugnissen aus.

Der Landtag befasst sich zurzeit mit dem Polizeigesetz, das diese Neuerungen enthält. Sicher würden wir mehr aus diesem Gesetz machen, aber einiges ist mit der SPD nicht durchsetzbar.

Auch für die Feuerwehren, den Katastrophenschutz und den Rettungsdienst tut die Staatsregierung viel. **Kein Bundesland investiert, gemessen an seiner Einwohnerzahl, so viel in den Brandschutz wie der Freistaat Sachsen: ca. 10,- Euro je Einwohner.**

Dennoch ist Sicherheit nicht bloß eine Angelegenheit der Polizei oder der Feuerwehr. Mehr Polizisten, bessere Ausstattung oder strengere Gesetze sind unabdingbar für mehr Sicherheit. Das reicht aber nicht aus. Wir sehen ja: Trotz guter Sicherheitslage fühlen sich viele Menschen unsicher, extremistische Meinungen bekommen Aufwind, die Bürger fragen sich, ob der Rechtsstaat noch wehrhaft sei.

Mit strengeren Gesetzen allein ist es also nicht getan. **Wir brauchen eine Sicherheitspartnerschaft in der Gesellschaft insgesamt.** Deshalb hat die Staatsregierung eine „Allianz für sichere Sächsische Kommunen“ ins Leben gerufen – eine Partner-

Nachgedacht: Was uns beschäftigt!

Ein Beitrag vom Landesvorsitzenden der Senioren-Union, Klaus Leroff

Guten Tag meine Damen und Herren, liebe Freunde,

man könnte feststellen, gut dass die meisten von uns schon so alt sind, dass wir das auf uns Zukommende nicht mehr erleben.

Ich halte das für **falsch!**

Jetzt erst recht! Unsere Erfahrung ist gefragt!

Als Partei senden wir Vertreter in die Parlamente. Also müssen auch wir unsere Parlamentarier begleiten und ihnen sagen, was die Menschen in ihren Wahlkreisen erwarten. Das, so meine Erfahrung, machen wir zu wenig, wir mischen uns zu wenig ein! Deshalb muss die CDU auch bereit sein, Senioren in Mandate zu bringen, damit die gewonnene Lebenserfahrung eingebracht werden kann. Da ist zu wenig geschehen.

Zukunft braucht Erfahrung

Die CDU muss wieder beginnen, bereit zu sein die Kandidaten sorgfältig auszuwählen, sicherstellen, dass Menschen mit Erfahrung und eigenständiger wirtschaftlicher Sicherheit für die Parlamente aufgestellt werden. Denn Jugend oder Alter alleine kann nicht der Maßstab sein, um ein Mandat auszuüben. Es ist kein Job, **es ist eine Berufung Menschen zu dienen** – dies gilt auch für die Politik.

Für das Jahr 2019 haben wir schwere Aufgaben zu bewältigen. Es gilt unseren Mitbürgern deutlich zu machen, dass die Kommunal- und Europawahl für uns alle von großer Bedeutung ist.

Politik lebt vor Ort

In den Stadt-, Gemeinde- und Ortschaftsräten bemühen CDU Mitstreiter sich teilweise seit fast 30 Jahren um die Zukunft ihrer Heimat. Das müssen wir weiter tun und mit unserem Engagement und unseren Entscheidungen die Bürger überzeugen.

Europa – oft geschmäht steht zu Unrecht am Pranger.

Dieses Europa ist seit 70 Jahren Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand.

Daher müssen wir als Senioren den Mitbürgern sagen, wer Europa zerstört, vernichtet nicht nur unser aller Wohlstand, er gefährdet den Frieden in Europa und damit auch die Zukunft unserer Kinder und Kindeskin- der.

Friedensgarant Europa

Natürlich müssen wir sicherstellen, das Europa sich nicht um jedes Detail zu kümmern hat, Europa ist der Rahmen des Gesamtbildes. Jeder, der in diesem Bild einen Platz hat, muss auch bereit sein, gemeinsam mit allen anderen, Vor- und Nachteile zu tragen.

Sich nur die „Rosinen“ herauszusuchen kann es nicht geben. Deshalb ist es so wichtig, dass wir als Union auch für die nächsten Jahre im Europäischen Parlament stark vertreten sind.

Landtagswahl am 01.09.2019

Dann folgt die Landtagswahl am 1. September 2019. Die Kandidaten sind nominiert und die Landesliste aufgestellt.

Jetzt heißt es im Wettstreit deutlich zu machen, dass die Sächsische Union, nach wie vor die Kraft ist, die das Land auch weiterhin nach vorne bringt.

Dazu müssen wir aber auch selbstkritisch feststellen, dass die Union in Deutschland die Bürger auf dem Weg der Entscheidungen nicht ausreichend einbezogen hat.

Viele Entscheidungen die Sachsen betreffen, aber nicht in Sachsen entschieden wurden, müssen wir erklären und auch, wenn erforderlich, dafür eintreten, dass sie korrigiert werden.

Es sind **Entscheidungen** wie der **Ausstieg** aus der Atomkraft. Sie war entschieden, aber wir haben eine

weitere Beschleunigung vorgenommen, ohne darauf zu achten wie die Alternativen, die vorgenommen wurden wirken.

Aus Erfahrungen lernen

Wir müssen darauf achten, dass es bei der Braunkohle nicht genauso wird. Es liegt jetzt ein Vorschlag der Kohlekommission vor, diesen gilt es nun mit Leben zu füllen.

Michael Kretschmer hat auf der Landesvertreterversammlung am 19. Januar eine sehr gute Rede gehalten. Ein Satz, es war zum Thema Braunkohle, ist für mich entscheidend in 2019. Der Satz handelte vom Ausstieg aus der Kohle und war sinngemäß so, „wer nunmehr im selben Tempo (Anmerkung: Atomausstieg) ohne eine Alternative aus der Kohle aussteigen will, muss auch sagen wohin dieser Weg führt. Erst müssen die neuen Arbeitsplätze da sein und dann könne man abschalten“.

Dies wird für die Zukunft der Bürger in den Kohlerevieren entscheidend sein.

Es sei daran erinnert, dass der Ausstieg aus der Steinkohle seit den siebziger Jahren bis heute andauerte.

Wir wollen es bis 2038 schaffen. Das bedeutet nicht nur ein ehrgeiziges Ziel zu haben, sondern mehr als harte Arbeit. Das Geld alleine wird es nicht richten. Wir müssen innovativ sein, z.B. überlegen ob man aus dem Rohstoff Kohle mehr machen kann als ihn nur zu verbrennen.

Versorgungssicherheit

Oder die Entscheidung in Europa und in Deutschland verstärkt den CO² Ausstoß erheblich zu senken. Eine grundsätzlich richtige Entscheidung. Aber es kann nicht sein, dass wir nun, da diese Ziele nicht in der geplanten Zeit erreicht werden, das Kind mit dem Bade ausschütten.

Haben wir bei der Entscheidung gewusst, dass dieses Ziel nur erreichbar ist, wenn wir die Technologien dazu haben? Was ohne Alternative ist, eine gesicherte Energieversorgung.

Nachgedacht!



Senioren-Union Landesvorsitzender
Klaus Leroff

Es geht um Moral und Werte

Hat die **Autoindustrie** mit ihrem Betrug an den Käufern nicht uns alle getroffen. Nach Gesetz ist jeder zu bestrafen, der das Gesetz verletzt und er ist mindestens verpflichtet für den Schaden aufzukommen. Den Eindruck haben die Betroffenen nicht. Das es so ist, schlimm genug. Selbst wenn die Konzerne den Schaden hätten ausgleichen müssen, ihre Gewinne wären dabei nicht auf Null zurück gegangen. Es geht um Moral und Werte und nicht nur um Geld. Auch wieder ein Verlust für uns alle.

Es ist doch für uns als CDU selbstverständlich unsere Umwelt zu schützen, Ressourcen sinnvoll einzusetzen und dafür die richtigen politischen Entscheidungen zu treffen.

Nunmehr sind wir aber dabei unser aller Wohlstand zu gefährden. Wenn wir wollen, dass in unserem Land noch produziert wird, dann müssen wir auch den Kern unserer Industrie erhalten. Wir müssen der Industrie und dem Gewerbe die Möglichkeit geben Entscheidungen und Planungen in Sicherheit vorzunehmen, wir müssen den Paradigmenwechsel so vornehmen, dass der einzelne Bürger dabei keine Nachteile erleidet, sei es durch den Verlust der Arbeit oder dem Niedergang der Kernindustrie.

Dies sieht man wieder in der Frage CO², die Europäische Union (EU) setzt nunmehr die Grenzwerte in Europa fest, die ein Fahrzeug erbringen muss. Diese Werte werden nun durch ein

neues Messverfahren kontrolliert. Die Konsequenz sehe ich vor mir: „Man stellt fest, dass die Verbräuche der Autos höher sind als bisher.“ Jetzt greift unser KFZ Steuersystem und das heißt, wir alle zahlen mehr Steuern für unser Auto, das ja nunmehr mehr Benzin oder Diesel verbraucht als zuvor behauptet und damit auch mehr CO² erzeugt. Es kommt noch hinzu, wenn man die Vorschrift liest, dass in der Zukunft die Autoindustrie für jeden Liter Mehrverbrauch eine Strafe zahlen muss, denn Ziel soll es sein auf 100 km nicht mehr als ca. 4 Liter zu verbrauchen. Wer zahlt diese Strafgebühren? Die Industrie? Ich denke am Ende der Verbraucher. Was können wir uns dann noch für Fahrzeuge leisten? Was geschieht mit der Industrie und dem Gewerbe in der Autobranche? Diese Fragen sind nicht beantwortet!

Es gibt umweltschonendere Techniken Benzin und Diesel zu ersetzen, aber das bedeutet, wir müssen bereit sein und den Mut haben es zu versuchen, bevor man etwas beendet.

Mir scheint aber, dass wir selbst zulassen, das wohlmeinende Politiker uns mit Verboten und dem erhobenen Finger ständig neue Vorschriften machen und dabei die Verantwortung und die Freiheit des Einzelnen immer mehr einschränken.

Regelungsdichte frustriert

Genau diese „Regelungsdichte“ in unserem Land und in Europa frustriert Menschen und gibt ihnen das Gefühl eingeengt, gegängelt zu sein. Das gilt für die Regelung der „Banane“ bis zur Regelung welchen „Klingelknopf“ ich am Haus haben darf.

Es wird so nicht gehen, dass nur noch Verwaltung und Dienstleistung für unseren Wohlstand arbeiten, denn selbige schaffen keinen Mehrwert im wirtschaftlichen Sinne. Wozu und wem sollen sie dienen, wenn der Kern an Industrie verloren gegangen ist?

Umweltschutz Ja – aber im Mittelpunkt muss immer der Bürger stehen, denn er ist es, für den wir Politik machen müssen. Wenn in unserem Land Prozesse Jahrzehnte brauchen, dann werden andere uns (leider) zeigen, wie es anders, schneller und mindestens genauso gut geht.

Oder dass „schnelle“ Internet.

Seit mehr als 15 Jahren wird diskutiert. Michael Kretschmer hat gehandelt und hat die Gemeinden von ihrem Eigenanteil „befreit“. Nun gilt es umzusetzen, was für eine Industrienation schon lange hätte geschehen müssen. **Ausbau des Internet mit hohen Geschwindigkeiten.** Damit dies gelingt müssen wir aber auch bereit sein, Vorschriften zu vereinfachen. Wir alle müssen bereit sein, die baulichen Maßnahmen mit ihren eventuellen Einschränkungen zu dulden und zu unterstützen.

Wenn wir Senioren nach dem Zusammenbruch Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg so pessimistisch und zögerlich gewesen wären, dann hätten wir dieses Land nicht aufgebaut. Wir müssen den Mut haben neues zu wagen und umzusetzen.

Mit Mut und Zuversicht

Diese Aufzählung könnte man fortsetzen. Viele von den sogenannten Grün Befürwortern haben eine sehr gut bezahlte Arbeit, haben ein sicheres Umfeld und meinen uns alle in Haftung nehmen zu müssen für Träume, die **alleine** in unserem Land nicht umsetzbar sind.

Unser Ministerpräsident Michael Kretschmer hat recht, erst denken, dann entscheiden und handeln! Das gilt immer und insbesondere für die Zukunft. Damit wir die heutige Situation in Sachsen erreichen konnten hat es fast 30 Jahre gedauert.

Aber auch ein weiteres Thema treibt mich um. Die ständige Fortschreitung des schlechten Umgangs miteinander. Was ist denn „rechts“? Was Nationalsozialismus ist sollte jeder wissen und muss jeder bekämpfen! Aber alle, die wertkonservativ denken, die unseren Rechtsstaat in der Pflicht sehen Recht und Ordnung aufrecht zu erhalten und jedermann vor dem Gesetz gleich zu behandeln, das ist für mich nicht links oder rechts, sondern eine Bestätigung unseres Grundgesetzes.

Ich möchte, dass wir wissen wer in unserem Lande lebt. Ich möchte, dass Justiz und Polizei so ausgestattet sind, das Verfahren nicht über Jahre geführt werden müssen. Dafür auch das neue Polizeigesetz.

Ich möchte dass Menschen, die zu uns kommen herzlich aufgenommen werden. Aber jene, die unsere Gastfreundschaft missbrauchen, sich radikalisieren, kriminell werden oder **weder** unsere Sprache

Klaus Leroff – Nachgedacht!

noch unsere Gewohnheiten lernen wollen um sich zu integrieren, die meine Damen und Herren, die möchte ich nicht in unserem Land wissen und denen muss man deutlich machen, dass man sie nicht hier haben will.

Das Recht auf Asyl ist Grundlage für all jene, die unserer Hilfe wirklich benötigen, wie im Gesetz genannt. Dieses Recht ist aber kein „Freifahrtschein“ für alle und jedermann aus aller Welt, die sich in ihrem Heimatland nicht wohlfühlen um hierher zu kommen. Das Asylrecht wurde im Grundgesetz geschaffen aufgrund der Erfahrungen im Dritten Reich.

Recht auf Asyl ist kein Freifahrtschein

Das wirtschaftliche Gefälle, Korruption und die Missachtung von Menschenrechten in vielen Ländern darf nicht dazu führen, dass wir alle auffordern zu uns zu kommen, sondern muss heißen, dass solche Regierungen nicht mit unserer Unterstützung beim Aufbau und der Förderung rechnen können. Wir müssen in diesen Ländern helfen, aber bitte ehrlich und nicht nach der Methode uns der Profit und die Reste denen! Wir müssen sicherstellen zum Wohle der dortigen Menschen zu helfen, dass die Förderung nicht in „dunklen“ Kanälen versickert. Das wäre eine sinnvolle Hilfe. Sie muss dem Zweck vor Ort dienen und nicht in erster Linie uns. Wir partizipieren, denn diese Hilfe verhindert Wanderungen von Menschen aus ihrer Heimat und schafft dort Wohlstand.

Bin ich, wenn ich dies nun hier niederschreibe rechtsradikal? Bin ich dies, weil ich den Staat und damit die Politik kritisiere? Was ist in unserem Lande passiert? Der Staat wird angegriffen, das Gewaltmonopol, vertreten durch unsere Polizei wird daran gehindert durchzugreifen. Es wird ständig von „Aktivisten“ (z.B. Hambacher Forst, G20 Hamburg) gesprochen, nein das sind Kriminelle, die mit Landfriedensbruch, mit Angriffen auf das Eigentum Anderer, mit Angriffen auf die Polizei diesen Staat, damit uns alle schädigen.

Daher kann es nur heißen, dass unsere Polizei bestens ausgestattet sein muss, dass die Beamten unseren Rückhalt spüren und ihr handeln nicht zuerst kritisiert wird, weil doch „Aktivisten“ für eine gute Sache demonstrieren. Nein, wer seine Rechte missbraucht und damit all jene schädigt, die ihre Pflichten und Rechte ernsthaft wahrnehmen, der kann nicht erwarten, dass er von Polizei und Öffentlichkeit in „Schutz“ genommen wird. Es muss Täter bleiben wer Täter ist! Die Opfer haben unser Mitgefühl!

Wir müssen uns in unserem Umgang mit Andersdenkenden, mit ihren Aussagen auseinandersetzen, wir müssen die Gegenüber ernst nehmen, das gilt für alle die als Einzelperson oder als Partei demokratisch gewählt in Parlamenten oder Räten sind. Der Inhalt muss entscheidend sein und die Wahl der Sprache im Umgang miteinander, aber es darf auch keine pauschalierte Abwertung einer Gruppe geben, wenn ein Einzelner sich falsch verhält.

Respektvoller Umgang

Wir müssen wieder begreifen und lernen, das eine klare Sprache, ein klares Benennen der Probleme, solange es einen anderen nicht verunglimpft, erlaubt ist, auch wenn man selbst die Ausdrucksweise des Anderen nicht nutzt. Wir müssen einfach gelassener bleiben und nicht gleich jede Nachricht als Tatsache begreifen, meist stellt sich hinterher heraus, es war gar nicht so.

Daher finde ich unseren jetzigen Sächsischen Weg: **Zuhören, lernen, begreifen und Antworten suchen** für richtig.

Wir die „Alten“ müssen aber auch bereit sein, gemeinsam mit den „Jungen“ für unsere Demokratie einzutreten, für unsere **Rechte und Pflichten!**

Lassen Sie uns dafür der Wahlkampf nutzen.

Es grüßt Sie herzlich

Terminübersicht Veranstaltungen

Senioren-Union Meißen

05.03.2019 | 15 Uhr,
Schloss Hoflößnitz

Senioren-Union Sachsen Landesvorstand

18.03.2019 | 10:00 Uhr, Dresden

Senioren-Union Dresden

18.03.2019 | 14:00 Uhr, Alloheim, Das neue Grundsatzprogramm der CDU

Senioren-Union Vogtland Treffen mit Mandatsträgern a.D.

03.04.2019 | 10:30 Uhr lt. Einladung

Senioren-Union Chemnitz Informationsveranstaltung Sicherheit mit Hauptkommissar Specht

10.04.2019 | 14:30 Uhr, Ratskeller

Senioren-Union Dresden Mitgliederversammlung

Thema: **Wohnen im Alter**
15.04.2019 | 14 Uhr, Alloheim

Senioren-Union & CDU Meißen Maibaumsetzen in Altkörschenbroda

01.05.2019 | 17:00 Uhr

Senioren-Union Sachsen erweit. Landesvorstandssitzung

06.05.2019, | 10:00 Uhr – 12:30 Uhr

Senioren-Union Meißen Besuch DRK-Behindertenwerkstatt

14.05.2019 | 13:30 Uhr

Senioren-Union Vogtland Kreisvorstand

15.05.2019 | 14:00 Uhr

Senioren-Union Dresden Mitgliederversammlung, Rente und Steuern

20.05.2019 | 14:00 Uhr

Europa- und Kommunalwahl in Sachsen

26.05.2019

Senioren-Union Sachsen erweit. Landesvorstand

24.06.2019 | 10:00Uhr Dresden

Impressum

Herausgeber: Senioren-Union Landesverband Sachsen, vertreten durch den Vorsitzenden Klaus Leroff
Fetscherstraße 32/43, 01307 Dresden

Tel. 0351 - 44917-26, Fax 0351 - 44917-60, e-Mail: senioren-union@cdu-sachsen.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors wieder, sie sind keine offiziellen Verlautbarungen der Senioren-Union Sachsen. * Die kostenlose Mitgliederzeitschrift erscheint viermal jährlich.

ONLINE GEDRUCKT VON

SAXOPRINT